

Wo in Bielefeld noch gebaut werden darf

Untersee und großes Baugebiet in Babenhausen sind Streitpunkte beim neuen Regionalplan. Der Rat soll im März Stellung nehmen. Die Gegner informieren und rufen zum Widerspruch auf.

Joachim Uthmann

■ **Bielefeld.** Wenn der Bagger anrollt, ist klar, hier wird gebaut. Doch bis es so weit ist, sind viele rechtliche Hürden zu nehmen. Eine dabei ist der sogenannte Regionalplan. Der weist aus, wo in Bielefeld künftig noch gebaut werden darf. Der neue Entwurf, der bis 2040 die Linie vorgibt, wird derzeit diskutiert – und ist höchst umstritten. Bürger können sich am 23. Februar bei einer öffentlichen Online-Runde vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) informieren. Die Initiative „bielefeld-natürlich“ wünscht sich von den Bielefeldern Widerspruch.

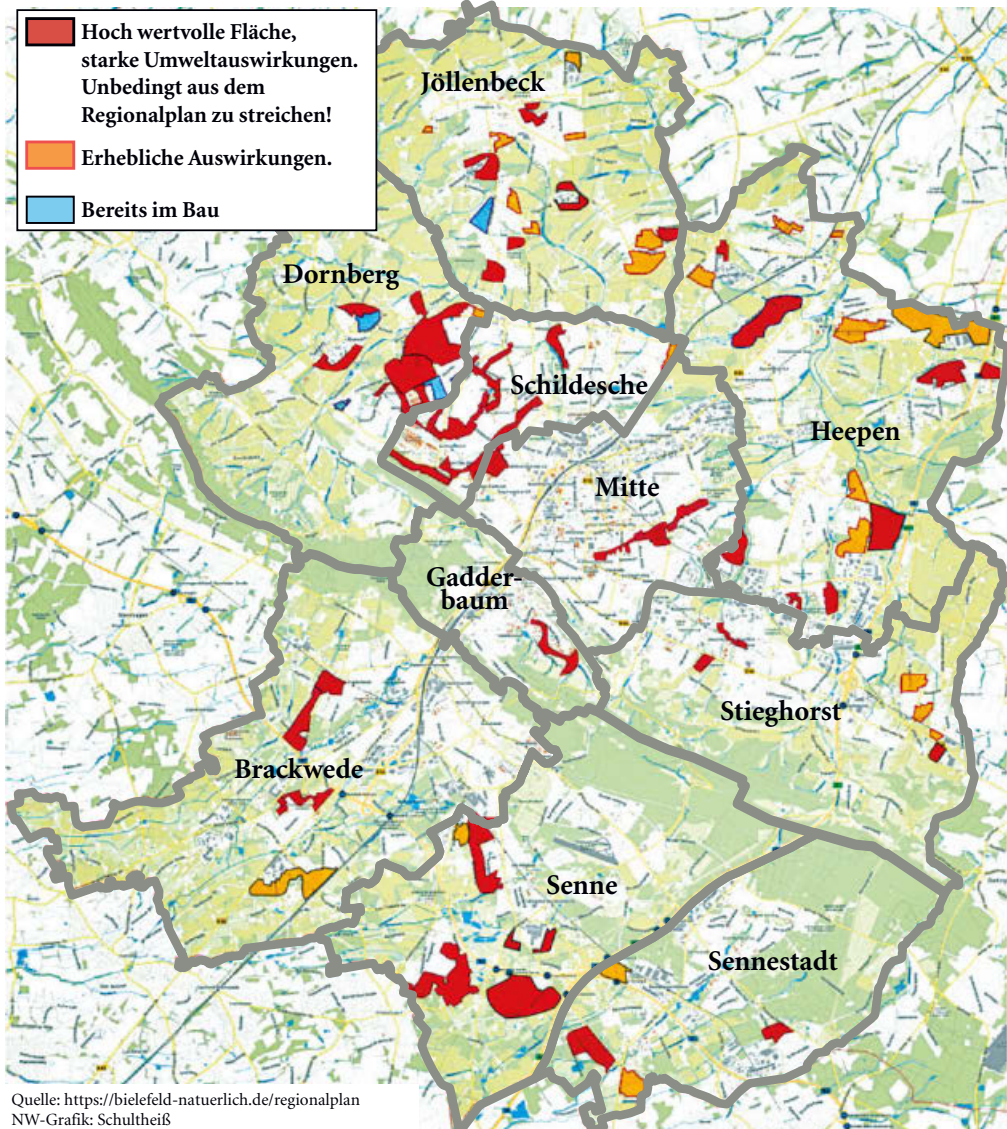
Denn es sind eine ganze Reihe von Punkten in dem Entwurf, die strittig sind und schon lang für Kritik sorgen. Die Gegner formieren sich und wollen Einwände vorbringen, erklärt Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (BUND) für die vier Bielefelder Umweltverbände. Als Grund nennt er: „Es sind zu viel Flächen, die vorgehalten werden sollen.“

1.330 Fußballfelder für potenzielle Wohngebiete

Insgesamt sieht der Planentwurf für Bielefeld einen zusätzlichen Bedarf von 385 Hektar für Wohnsiedlungsflächen und 300 Hektar für Wirtschaftsflächen bis 2040. Das seien „ausreichende Flächenkontingente für das Oberzentrum Bielefeld“, heißt es in einer von Baudezernent Gregor Moss (CDU) unterzeichneten Vorlage, die jetzt in den Bezirksvertretungen und Ausschüssen beraten wird. Der Rat soll am 18. März die Bielefelder Stellungnahme beschließen.

Die weicht teils deutlich von dem Entwurf der Bezirksregierung ab. Dabei zeigen sich alte Konfliktpunkte:

◆ **Hochschulcampus Nord:** Hinter dem Campus mit der neuen Fachhochschule sind weitere Flächen für Hochschulbauten, Forschungsinstitute und Start-ups vorgesehen. Hauptkernpunkt ist, dass sich daran ein großes neues Wohngebiet für bis zu



Quelle: <https://bielefeld-natuerlich.de/regionalplan>
NW-Grafik: Schultheiß



Die große Freifläche hinter dem Campus Nord mit der FH in Richtung Babenhausen könnte das größte Baugebiet Bielefelds werden. Über die Ausweisung im Regionalplan gibt es Streit. FOTO: WITTIG



Ein zweiter Stausee in der Johannisbachau?: Der Untersee steht im Entwurf des Regionalplans. Die Stadt ist darüber verwundert, weil sie ihn nicht mehr verfolgt. ARCHIVFOTO: WITTIG/MONTAGE: NW

10.000 Bewohner in Richtung Babenhausen anschließen könnte. Wegen des hohen Stellenwerts des Hochschulstandorts will die Regionalplanungsbehörde hier weitere Siedlungsflächen ausweisen. Doch vor Ort, bei Stadt, Ratsmehr-

heit und in Dornberg gibt es starke Widerstände. Und die Vorlage ergänzt: „Die von Seiten der Uni und der FH mitgeteilten Entwicklungsabsichten am Campusstandort rechtfertigen die geplante Ausdehnung nicht.“

◆ **Auf taucht im Entwurf auch noch der „Untersee“, der zweite Stausee in der Johannisbachau.** Das sorgte im Rathaus teils für Erstaunen. Denn der Stadtrat hat sich von dem Projekt, bei dem mehrere Anläufe scheiterten, längst ver-

abschiedet und für die Aue ein Entwicklungskonzept in Richtung eines Naturschutzgebietes beschlossen.

◆ Weiter enthalten ist die Trasse der B66n, die parallel zur Bahnlinie nach Lippe verlaufen würde. Sie wird wohl nie gebaut, steht aber noch im Bundesfernstraßenplan.

◆ **Freihalten** will die Stadt Flächen nördlich des Badebachwegs in Oldentrup, im Ost-West-Grünzug in Sennestadt, nördlich des Babenhauser Baches und entlang von Bachläufen. In Bethel sollen bisher fürs Gesundheitswesen festgelegte Flächen für „integrative Quartiere“ und damit auch für Wohnen freigegeben werden.

Die Behörden betonen, dass es im Regionalplan vor allem um Vorratsflächen gehe. Ziel sei es auch, Wohnungsmangel und Anstieg bei Preisen und Mieten entgegenzuwirken.

Einwendungen bis Ende März möglich

Doch dabei geht der Entwurf nach Ansicht der Gegner zu weit. Insgesamt ständen mit den neuen Flächen über 1.300 Hektar für Siedlung im Plan, kritisiert Niemeyer-Lüllwitz: „Bielefeld meldet zu viel an.“

Im Klimabeirat liegt deshalb ein Antrag vor, der Rat solle auf die Streichung von Flächen hinwirken, um den Zielen des Klimaschutzes nachzukommen. Würden alle im Regionalplan stehenden Flächen bebaut, hätte das für Bielefeld eine Temperaturerhöhung von 25 Prozent zur Folge. Die Initiative „bielefeld-natürlich“ errechnet, dass allein die für Wohnraum reservierten 950 Hektar 1.330 Fußballfeldern entsprächen. Benötigt würden „nur“ ein Drittel.

Der BUND will jetzt die Öffentlichkeit über das Thema in einer Online-Veranstaltung genauer informieren. Sie beginnt am Dienstag, 23. Februar, um 18 Uhr. Den Zugangslink gibt es unter www.bund-bielefeld.de, service@bund-bielefeld.de. Eine Anmeldung sei nicht nötig. Bis Ende März können Bürger und Verbände noch Einwendungen zum Entwurf machen.

Jahnplatz-Arbeiter noch in Quarantäne

Erstes Material für neue Dächer angeliefert. Tschechischer Bautrupps getestet und im Hotel.

■ **Bielefeld (aut).** Die neuen Dächer für die Jahnplatz-Bushaltestellen kommen aus Tschechien. Montiert werden sollen sie von einem Bautrupps aus dem Land, das derzeit wegen hoher Corona-Zahlen als Hotspot gilt. Das verzögert den Aufbaubeginn. Jetzt sind die Arbeiter in Bielefeld angekommen – aber zunächst im Hotel.

„Fünf von ihnen durften einreisen“, erklärt Dirk Vahrson vom Amt für Verkehr. Sie seien in Tschechien auf Covid 19 negativ getestet, müssten jetzt in Bielefeld nach Absprache mit dem Gesundheitsamt aber noch drei bis fünf Tage in Quarantäne. Dafür seien sie in einem Hotel untergebracht. Wenn alles gutgehe, könnten die ersten Arbeiten am Freitag

oder Montag anfangen. „Den lückenlosen Nachwuchs haben sie“, sagt Vahrson, „mehr kann man nicht tun“. Für drei Wochen soll der Bautrupps in Bielefeld bleiben. Damit er arbeiten kann, sei bereits das erste Material für Hilfsstützen angeliefert worden. Abgeladen worden sei die Lieferung direkt auf der Baustelle – aber von Arbeitern der Baufirma Strabag, die den Jahnplatz-Auftrag hat. Vahrson: „Damit der Fahrer nicht ansteigen musste.“

Ziel ist es, die hellen Dächer auf der Südseite in den nächsten Wochen aufzustellen. Im Frühjahr soll die Haltestelle fertig sein, so dass die Busse hier wieder halten können. Dann wechselt die Baustelle auf die Nordseite.

Kampffjets über Bielefeld

■ **Bielefeld (dro).** Donnerndes Grollen hat jetzt viele Bielefelder Richtung Himmel blicken lassen. Kampfflugzeuge waren unterwegs. Das bestätigte die Bundeswehr auf Anfrage. Drei Tornados sind am Mittwochabend, 17. Februar, über die Stadt geflogen. Mehr

als eine Stunde lang wurden Nachtflug-Übungen ab 19 Uhr in Höhen von rund 3.000 bis mehr als 4.000 Metern über dem Meeresspiegel über Bielefeld durchgeführt. Es handelte sich um Ausbildungsflüge, erklärte ein Sprecher des Luftfahrtamtes.

Neue Westfälische

Herausgeber: Klaus Schrotthofer

Chefredakteur: Thomas Seim
Stellv. Chefredakteur: Carsten Heil

Lokales: Andrea Rolfes (Leitung)
Stefan Gerold (Stv.)
Redaktionstechnik: Stefan Weber

Die Neue Westfälische ist Partner der **Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälisch-lippischen Verlage**.
Geschäftsführung: Sandra Dalk
Chefredaktion: Thomas Seim (v.i.s.d.P.), Jörg Rinne (Stv.)
Leitung Redaktionsgemeinschaft: Jörg Rinne, Martin Fröhlich (Stv.), Christian Lund (Stv.)

Politik, Nachrichten: Dirk Müller, Zwischen Weser und Rhein: Sigrun Müller-Gerbes, Wirtschaft: Martin Fröhlich, Kultur/Medien: Stefan Brans, Sport: Torsten Ziegler, Reporter: Matthias Bungeoth
Büro Düsseldorf: Ingo Kalischek

Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälisch-lippischen Verlage GmbH & Co. KG
Niederstr. 21-27, 33602 Bielefeld

Veröffentlichungen in Print- oder elektronischen Medien sowie Vervielfältigungen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Rücksendung unangefordertes Manuskripte, Bücher, Zeitschriften und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Anzeigenleiter:
Michael-Joachim Appelt

Anschrift für Redaktion und Verlag: Zeitungsverlag NEUE WESTFÄLISCHE GmbH & Co. KG, 33602 Bielefeld, Nietenstraße 21-27, Pressehaus, Postfach 10 02 25, 33502 Bielefeld, Telefon (05 21) 5 55-0, Telefax 5 55-3 48 und -3 49.

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 1. Januar 2021.

Monatlicher Bezugspreis bei Trägerzustellung 41,90 EUR, bei Postzustellung 47,20 EUR; ePaper 27,90 EUR, jeweils inkl. 7% MwSt.

Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Rückvergütung des Bezugspreises ab dem 7. Tag der Unterbrechung. Das Abonnement kann mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende gekündigt werden (Datum des Poststempels). Abbestellungen sind schriftlich an den Verlag zu richten. Zusteller nehmen Abbestellungen nicht entgegen. Bei Nichtbelieferung ohne Verschuldung des Verlages, bei Arbeitskämpfen oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, soweit das Gesetz zwingend nichts anderes vorsieht, der Sitz des Verlages.

In der Zeitung NEUE WESTFÄLISCHE erscheinen regelmäßig das Veranstaltungsmagazin ERWIN am jedem Donnerstag sowie an jedem Dienstag die Beilage „prisma – Wochenmagazin zur Zeitung“. Sofern Sie Artikel dieser Zeitung in Ihre internen elektronischen Pressespiegel übernehmen wollen, erhalten sie erforderliche Rechte unter www.presse-monitor.de oder unter Telefon (030) 28 49 30, Pressemonitor GmbH.

Geschäftsführung: Klaus Schrotthofer
Herstellung: I. D. Küster Nachf. + Presse-Druck GmbH & Co. KG, Bielefeld, Geprüfter Qualitätsbetrieb, zertifiziert nach ISO 12647-3.
Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Ostwestfälisch-Lippischer Zeitungsverlage“.

Internet: www.nw.de
E-Mail: bielefeld@nw.de

Stadtentwicklung

■ **Die Grünen werden erneut bestimmen, wer künftig das Umweltdezernat leitet. Zudem stärken sie ihren Einfluss auf entscheidende Weichenstellungen in der Stadt (NW vom 13. Februar).**

@ Der Vorwurf, dass Bündnis 90/Die Grünen immer mal wieder zu einer „Verbotspartei“ werden, ist nicht unberechtigt, auch wenn die dahinterstehende Intention (ähnlich wie beim „Veggie-Tag“) eine sinnvolle ist. In welches Grüne wollen wir denn ziehen, wenn alles zugestrichelt ist – mit Wohnhäusern ebenso wie mit Straßen und Gewerbegebäuden? In Bielefeld wird derzeit überall gebaut, leider meist ohne Dach- oder Fassadenbegrünung und soweit erkennbar auch ohne Photovoltaik. Das neue Kinderkrankenhaus wird offenbar bunt, aber auch wieder mit Flachdach und wohl nur Teerpappe drauf! Das Wohngebiet an der Jöllheide besteht auch nur aus Kästen, und an der Hellingskampfschule wurden die ersten Bäume für

den Neubau gefällt. So geht das Grün dahin. Mir fehlt bei all den Maßnahmen die Fantasie der Architekten, Bauherren, Stadtplaner und bei den Baubehörden Innovation und Flexibilität. Ok, Letzteres ist nicht die erste Tugend einer Behörde, hier ist die Politik gefordert, Input zu geben. Daher erwarte ich von einer Partei wie Bündnis 90/Die Grünen, dass sie sich mit guten Ideen, konkreten Vorschlägen und rhetorischem Geschick sehr viel stärker einsetzen, als nur mal eben was zu verbieten. Übrigens: die Akzeptanz jeglicher Baumaßnahme kann erheblich dadurch gesteigert werden, wenn sie nicht als Klotz den Nachbarn die Sicht versperrt oder zu dicht als Wand auf die Pelle rückt.
Christiane Detering
33609 Bielefeld

AfD im Rat I

■ **Die Vertreterin der AfD, Irina Gross, löste mit ihrer Weigerung, eine Maske in der Sitzung zu tragen, einen Eklat im Stadtrat aus (NW vom 17. Februar).**

@ Mögen die AfDler weiter an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Im Klartext: Dass die Parteigänger der AfD nicht viel von unserer freiheitlich demokratischen Ordnung halten, ist hinlänglich bekannt. Durch Eklat was dem neuesten im Bielefelder Ratssaal werden weiter relevante Fakten geschaffen, die zum einen jene Wählerschaft nachhaltig verleideten dürfte, die noch über demokratisches (Selbst-)Bewusstsein verfügt. Zum anderen dürften die innerparteilichen Fliehkräfte mittlerweile eine konstruktive politische Arbeit, geschweige denn eine parlamentarische Mitarbeit zunehmend schwieriger machen. Überdies sollte sich kein Mandatsträger (und gleichgestellte Bürger), aus welchen Gründen auch immer, „auf die faule Haut legen“. Nicht zuletzt die Knappheit der kommunalen Ressourcen jedenfalls verdient wohl unbestreitbar eine deutlich andere Arbeitsauffassung als die erschreckend dargestellte.
Matthias Bartsch
33165 Lichtenau

@ Also auch im Bielefelder Ratssaal werden wir Corona-Leugner mit maximaler Freundlichkeit behandelt. Die zahllosen Demonstrationen dieser Ego-Manen haben immer wieder den rücksichtslosen Regelverstoß als deren Markenkern präsentiert. Und immer wieder bittet und bettelt die Polizei dabei überraschend handzahn, doch endlich die Vorschriften einzuhalten. Ähnlich also jetzt im Bielefelder Rathaus. Allerlei freundliche Angebote wurden erlassen, aber – oh, Wunder! – die Unbelehrbare bleibt bei ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Gesundheit anderer Menschen. Zur Erinnerung: Untersuchungen der Humboldt-Universität in Berlin haben nachgewiesen, dass die Corona-Demos Superspreader-Events waren. Als Krönung der Rathausaktion mit Theaterinszenierung auf der Auslegware darf der Bielefelder AfD-Chef das Ereignis noch in der NW kommentieren. Für die Menschenfeinde in unserem Rathaus ist also alles top gelaufen.
Melanie Daheim
33613 Bielefeld

AfD im Rat II

■ **Wie kann der Rat extreme Debatten verhindern? Dass die AfD im Rat die Chance ergreifen würde, bei Themen wie Asyl oder Abschiebung auf den Putz zu hauen, war klar, kommentierte die NW am 13. Februar.**

@ Journalistisches Kompliment für den pointierten Kommentar. Es ist erstaunlich, wie schnell sich die etablierten, diesen Staat tragenden Parteien durch AfD-Provokationen auf den Erregungsleim locken lassen. Zwei Hinweise der „Empörten“ hätten in der Ratsdebatte genügt: Demonstrationen sind ein demokratisches Grundrecht, und der Hinweis des Bundesamtes für Migration, dass an der gesetzlichen Ausreisepflicht des Pakistans festgehalten wird. Ein solches Empörungsgehabe wie in der Ratssitzung stärkt zwar das eigene Charakterego. Überzeugt aber sicher keinen AfD-Wähler, doch (wieder) einer der regel- und gesetzeskonformen demokratischen Parteien die Stimme zu geben. Man schlägt also im Rat den Sack, meint aber eigentlich die

AfD-Wähler, denen man diese Igittigkeit-Leute im Rat zu verdanken hat. Vielleicht kann für die politische Erdung hilfreich sein, in Äsops Fabel vom Fuchs und den Trauben nachzulesen. Weil der Fuchs die Trauben (Wähler) nicht erreichen kann, sagt er verächtlich, die Trauben seien ihm noch nicht reif genug.
Eitel Riefenstahl
33604 Bielefeld

Impftermin

■ **Im Martha-Stapenhorst-Heim des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) soll unrechtmäßig eine größere Personenzahl geimpft worden sein. Mindestens 21 externe Personen, darunter DRK-Funktionäre. (NW vom 6. Februar).**

@ Der letzte Bericht zeigt doch nur, dass es auch bei den vorgeetzten Instanzen keine Einsicht in das Fehlverhalten der „Bosse“ gibt – es wird beweihräuchert! Einzige Konsequenz müsste sein: Rücktritt von allen Ämtern. Dieses Verhalten reiht sich nahtlos in die Vorgänge der letzten Zeit ein.

Ich (...) kaufe ein Haus und erwarte das Bäume gefällt werden, damit ich Sonne auf der Terrasse habe. Egoismus pur!!!!
Gerhard Sassenberg
33659 Bielefeld

@ Unkritisch wird berichtet: 7.822 Personen in Bielefeld sind zum ersten Mal geimpft und 3.684 Personen zum zweiten Mal. Wiederum wird der knappe Impfstoff als Grund angeführt. Die Begründung erscheint nicht stichhaltig, sind doch NRW-weit zum selben Stichtag bereits 3,5 Prozent erst- und 1,7 Prozent zweitgeimpft. Bielefeld hinkt also um ein Drittel hinter dem NRW-Schnitt her. Was läuft schief?
Thomas Schwade
33602 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bitte beschränken Sie sich auf eine maximale Länge von 50 Zeilen (1.400 Anschläge). Längere Leserbriefe werden gekürzt, anonyme Zuschriften nicht berücksichtigt.